

Freie Schulen kämpfen um ausreichende Finanzierung

# „Konzept des Landes von Ideologie getragen“

Höhere Elternbeiträge werden befürchtet – Kultus: moderate Einsparung

■ Von Elmar Otto

**Erfurt.** Für Martin Fahnroth ist das Motiv, das hinter dem Gesetzentwurf für Schulen in freier Trägerschaft steht, klar. Damit würden die Hürden für Neugründungen höher. „Das Konzept des Landes“, sagt der Leiter der Schulabteilung des Bistums Erfurt, „ist von Ideologie getragen.“ Das werde auch daran deutlich, dass bei der von SPD-Kultusminister Christoph Matschie neu eingeführten Gemeinschaftsschule keine Wartezeit vorgesehen sei. Für freie Träger hingegen soll es eine Frist von drei Jahren geben. Und das selbst dann, wenn sie sich bereits als Schulträger bewährt haben.

Gegen solche und andere Ungerechtigkeiten in der Gesetzesnovelle gehen die Träger freier Schulen jetzt gemeinsam vor. Gestern präsentierten

ein entsprechender Arbeitskreis seine Vorstellungen, die sich trotz bereits durchgesetzter Änderungen noch maßgeblich von denen des Ministeriums unterscheiden.

Arbeitskreissprecher Winfried Weinrich, Leiter des katholischen Büros in Erfurt, kritisiert die mangelnde Nachvollziehbarkeit bei der Kostenermittlung. Durch ein 2006 von Land und freien Trägern finanziertes Gutachten sei dagegen eine transparente und fortschreibbare Berechnung der Schülerkosten an staatlichen Schulen ermittelt worden. Und eben jene Kostensätze sollten die Grundlage für freie Schulen sein. Mit dem vorgelegten Gesetz indes entferne man sich davon, bemängelt Weinrich.

Matschie hatte die Umstellung der Berechnung unter anderem damit begründet,

dass die Haushaltslage angespannt ist und die Thüringer Fördersätze im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich seien. Das Land will die gut 160 freien Schulen 2011 mit 128 Millionen Euro bezuschussen, einem Minus von zwei Millionen im Vergleich zu diesem Jahr. Für 2012 sind bislang 130 Millionen Euro angesetzt.

Marco Eberl, Vorstandsmitglied der evangelischen Schulstiftung, die 17 Schulen mit mehr als 3500 Schülern vertritt, warnt vor den Folgen die diese Kürzungen haben könnten. Regelschulen wären mit etwa zehn und Gymnasien mit sieben Prozent betroffen. Elterngelderhöhungen seien nicht auszuschließen, sagt Eberl.

Auch der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft „Waldorfpädagogik in Thüringen“, Wolfram Knabe, be-

fürchtet Auswirkungen, die zu Lasten des sozialen Gleichgewichts gehen. Zwar könnten eventuell zwei oder drei Prozent an den Schulen eingespart werden, so Knabe. Aber was darüber hinausgehe, komme auf die Eltern zu.

Hans-Otto Schwiefert von der Liga der freien Wohlfahrtspflege spricht von einer „abstrusen Debatte“. Schließlich werde gerade das reformbedürftige staatliche Schulwesen gegenüber der bewährten fortschrittlichen freien Pädagogik bevorzugt.

Ein Sinneswandel bei der Regierung ist zurzeit aber nicht in Sicht. Bildungsstaatssekretär Roland Merten hält die Einsparungen für moderat und höhere Elternbeiträge für nicht notwendig.

Am Freitag wird der Landtag das neue Gesetz voraussichtlich erstmals beraten.